

## IN KÜRZE

**Berlin und London rücken zusammen**

**Minden.** Großbritannien und Deutschland wollen ihre militärische Zusammenarbeit ausbauen. Ziel ist die Stärkung der Sicherheit in Europa und die Abwehr von Terrorgefahren. Gemeinsam solle die europäische Säule der Nato gestärkt werden, vereinbarten Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) und ihr britischer Kollege Gavin Williamson am Freitag. Beide unterzeichneten auf dem nordrhein-westfälischen Truppenübungsplatz Sennelager ein entsprechendes Abkommen.

**Russland liefert Raketen an Indien**

**Moskau.** Russland will das indische Militär mit dem modernen Luftabwehrsystem S-400 ausstatten. Einen entsprechenden Vertrag unterzeichneten Präsident Wladimir Putin und Indiens Premierminister Narendra Modi am Freitag in Neu-Delhi. Die Lieferung kostet russischen Medien zufolge 5 Milliarden US-Dollar (4,35 Milliarden Euro). Mit dem Abkommen könnte Indien den Unmut der USA auf sich ziehen, die kürzlich Sanktionen gegen China wegen des Kaufs russischer Waffen verhängt hatten.

**Massengrab in Wolgograd entdeckt**

**Wolgograd.** Bei Bauarbeiten in Südrussland ist ein Massengrab mit rund 800 gefallenen deutschen Soldaten aus dem Zweiten Weltkrieg gefunden worden. Bei der Verlegung einer Wasserleitung im Zentrum der einst heftig umkämpften Stadt Stalingrad (heute Wolgograd) seien Arbeiter auf das Grab gestoßen, teilte der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge mit. Ein Teil des Grabes befindet sich jedoch unter einer Wohnsiedlung, eine Ausgrabung sei dort sehr schwierig.

**Innenminister räumt Fehler ein**

**Kleve.** Nach dem Tod eines unschuldig ins Gefängnis gesperrten Syrers hat NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) einen schweren Fehler in seinem Verantwortungsbereich eingeräumt. Polizisten hätten es versäumt, die Identität des 26-Jährigen näher zu überprüfen. Er bat dafür die Familie des Verstorbenen am Freitag um Entschuldigung. Der junge Mann saß zwei Monate lang zu Unrecht im Gefängnis. Er starb zwei Wochen nach einem Feuer in seiner Gefängniszelle in Kleve.

**EU droht Myanmar und Kambodscha**

**Brüssel.** Den südostasiatischen Ländern Kambodscha und Myanmar droht wegen anhaltender Menschenrechtsverletzungen der Verlust des zollfreien Zugangs zum EU-Binnenmarkt. EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström kündigte an, ein Verfahren einzuleiten, das Kambodscha seine Sonderrechte beim Warenexport entziehen würde. In Myanmar soll noch eine Expertenkommission die Lage beurteilen. Danach sei es aber sehr wahrscheinlich, dass auch Myanmar ausgeschlossen werde.



Lassen sich nicht einschüchtern, erheben ihre Stimme: die Friedensnobelpreisträger Nadia Murad und Denis Mukwege.



FOTOS: VIT SIMANEK, OLIVIER POLET/IMAGO

# Nobelpreis für den Kampf gegen Vergewaltigung

Irakerin Nadia Murad und der Kongoleser Denis Mukwege engagieren sich für missbrauchte Frauen – auch unter Lebensgefahr

Von Theresa Münch

**Oslo.** Nadia Murad und Denis Mukwege haben Dinge erlebt und gesehen, die niemand je sehen sollte. Die junge Irakerin überlebte Monate als Sex-Sklavin der Terrormiliz IS: gefoltert, missbraucht, gedemütigt. Der kongolesische Arzt rettet Tausende schwerstverletzte Frauen, die mit Gewehrläufen, Bajonetten und abgebrochenen Flaschen vergewaltigt wurden. Beide, die junge Jesidin und der afrikanische Gynäkologe, lassen sich von diesen grausamen Erlebnissen nicht einschüchtern: Sie erheben ihre Stimme und zeigen der Welt, wie sexuelle Gewalt in Kriegs- und Konfliktgebieten als Waffe genutzt wird. Dafür erhalten Murad und Mukwege nun den Friedensnobelpreis.

Mehrere Hunderttausend Frauen werden Schätzungen zufolge in bewaffneten Konflikten jedes Jahr systematisch vergewaltigt. Ihre Körper werden zum Schlachtfeld militärischer Taktik. Das Ziel: Die Frauen brechen und ihre Männer demütigen. Der Tod, berichtete Murad nach ihrer Flucht aus der Sklaverei des „Islamischen Staates“, habe für sie den Schrecken verloren. „Der

Tod ist harmlos im Vergleich zu der Hölle, durch die wir alle gehen mussten.“ Die heute 25-Jährige war gerade 19, ging noch zur Schule, als der IS ihr Dorf im Sindschar-Gebiet überfiel. Ihre Mutter und sechs Brüder wurden getötet, Nadia gefangen genommen, benutzt, weiter verkauft.

Drei Monate überlebte sie, wo viele längst aufgegeben hätten. Bis die junge Frau beim Kauf einer Burka ihren Peiniger entkam. Ausgerechnet eine muslimische Familie half der jungen Jesidin bei der Flucht ins kurdische Grenzgebiet.

**331 Personen und Organisationen nominiert**

**Der mit 9 Millionen** schwedischen Kronen (rund 860 000 Euro) dotierte Friedensnobelpreis wird als einzige der renommierten Auszeichnungen nicht in Stockholm, sondern in Oslo vergeben. Hier wird der Preis am 10. Dezember, dem Todestag von Preisstifter

Alfred Nobel, auch überreicht. Für den Preis waren in diesem Jahr 216 Personen und 115 Organisationen nominiert.

**Bereits zum dritten Mal** stand auch der umstrittene US-Präsident Donald Trump auf der Liste. Eine Nominierung an

Von dort gelangte Murad nach Baden-Württemberg, wo sie heute noch lebt. Und wo sie den Kampf gegen den IS-Terror aufgenommen hat. Murad spricht offen über ihre Qualen, klagt an, inzwischen sogar als Sonderbotschafterin der Vereinten Nationen. Mit Menschenrechtsarbeit verarbeitet sie ihre Traumata.

Denis Mukwege kennt Tausende Frauen mit ähnlichen Schicksalen. In seiner von Konflikten zerrissenen Heimat Kongo sind Frauen zur Beute degradiert. Vergewaltigung sei als Wort noch zu schwach für das, was sie erlebten, sagt der 63-jährige

Gynäkologe. Er nutzt den Begriff „sexueller Terror“. Hilfsorganisationen bezeichnen sein Land als Vergewaltigungshochburg der Welt. Eine US-Studie berichtete 2011 von 48 Frauen, die jede Stunde brutal missbraucht werden, das sind mehr als 1100 pro Tag.

Mukwege gründete 1999 das Panzi-Krankenhaus in Bukavu im instabilen Osten des Landes. Dort behandelt er Frauen mit verletzten inneren Organen. Mädchen, die viel zu früh schwanger wurden, denen Sex und Geburt schwere innere Verletzungen zufügten, denen Urin und Fäkalien unkontrolliert aus dem Körper laufen. Mukwege behandelt sie nicht nur, er bietet ihnen psychologische, juristische und finanzielle Unterstützung an. Denn die Frauen müssen fürchten, von ihrer Familie verstoßen zu werden.

Mukwege riskiert für diese Frauen sein Leben. Bei einem Überfall auf sein Haus wurde ein Freund getötet, im vergangenen Jahr ein Kollege. Doch der Arzt macht weiter, prangert bei zahlreichen Vorträgen auf der ganzen Welt eine internationale Gleichgültigkeit an, kritisiert leere Hilfsversprechen, nach denen doch wieder nichts geschieht.

## Zuwanderung entlastet Sozialkassen

**Berlin.** Die Sozialkassen profitieren massiv von Zuwanderung nach Deutschland – insbesondere aus dem EU-Ausland. So ist in der gesetzlichen Rentenversicherung die Zahl der aktiv Versicherten mit ausländischer Staatsangehörigkeit auf einen neuen Höchststand gestiegen. Ende 2016 waren es rund 5,46 Millionen. 2015 lag die Zahl noch bei 4,88 Millionen und 2006 bei 3,16 Millionen.

Das geht aus Zahlen der Deutschen Rentenversicherung Bund hervor, die dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND) vorliegen. Die meisten aktiv Rentenversicherten waren 2016 Türken (988 000), dahinter folgen polnische Staatsbürger (459 000).

Von den ausländischen Versicherten mit EU-Staatsbürgerschaften zahlen laut Rentenversicherung mehr als 90 Prozent Beiträge. „Dies wirkt sich positiv auf die Einnahmesituation in der gesetzlichen Rentenversicherung aus“, sagte ein Sprecher der Rentenversicherung dem RND.

Auch die gesetzlichen Krankenkassen sehen sich entlastet. „Zum einen kommen vor allem junge Menschen zu uns, die tendenziell geringere Gesundheitsausgaben verursachen als der Durchschnitt der Versicherten“, sagte Doris Pfeiffer, Vorstandsvorsitzende des Spitzenverbandes der gesetzlichen Krankenkassen. Zum anderen nehme die Anzahl der Migranten mit regulärem Job zu.

## Deutschland beschuldigt Russland

**Berlin.** Nach Großbritannien und den Niederlanden bezichtigt nun auch Deutschland Russland offiziell massiver Cyberattacken auf politische Ziele. „Auch die Bundesregierung geht mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit davon aus, dass hinter der Kampagne APT28 der russische Militärgesheimdienst GRU steckt“, sagte Regierungssprecher Steffen Seibert am Freitag in Berlin. APT28 soll die Cyberattacken auf den Bundestag und das Datennetzwerk des Bundes ausgeführt haben.

„Diese Einschätzung beruht auf einer insgesamt sehr guten, eigenen Fakten- und Quellenlage“, betonte Seibert. Die Regierung habe „volles Vertrauen“ auch in die Einschätzung der britischen und niederländischen Behörden.

Bei dem Angriff auf den Bundestag 2015 hatten sich Angreifer so weitreichenden Zugang verschafft, dass die Bundestags-IT ausgetauscht werden musste. Bei dem im Februar bekannt gewordenen Angriff auf das Datennetzwerk des Bundes attackierten Cyberspione unter anderem das deutsche Außen- und das Verteidigungsministerium.

# Gericht stoppt Rodungen am Hambacher Wald

Umweltschützer erringen zwei juristische Erfolge – Abholzungen dürften auf Monate gestoppt sein – Demonstrationsverbot ist rechtswidrig

Von Rolf Schraa

**Münster.** Mit einer spektakulären Entscheidung hat das Oberverwaltungsgericht Münster die Rodungspläne des Energiekonzerns RWE im Braunkohlegebiet am Hambacher Wald bei Aachen gestoppt. Das gut 100 Hektar große Waldstück müsse vorerst geschützt bleiben, bis in dem komplizierten Hauptverfahren eine Entscheidung gefallen sei, erklärte das Gericht am Freitag. Nach Einschätzung von RWE könnte das möglicherweise bis Ende 2020 dauern.

Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) hatte argumentiert, dass der Wald mit seltenen Tieren wie der Bechsteinfledermaus oder dem Großen Mausohr die Qualität

ten eines europäischen Fauna-Flora-Habitats (FFH) habe und deshalb geschützt werden müsse. Dies zu beurteilen sei sehr kompliziert. Die Unterlagen dazu umfassten mehrere Kisten, erklärte das Gericht. Bis zur Entscheidung müsse die Rodung gestoppt werden, damit nicht „vollendete, nicht rückgängig zu machende Tatsachen geschaffen“ würden, teilte das Oberverwaltungsgericht mit.

RWE befürchtet einen erheblichen finanziellen Schaden. Man gehe ab 2019 von einem niedrigen dreistelligen Millionenbetrag pro Jahr aus, teilte der Konzern mit. Insgesamt könnte der Schaden durch einen kurzfristigen Verzicht auf die Rodung des Waldes 4 bis 5 Milliarden Euro betragen, hatte RWE-Chef

Rolf Martin Schmitz Ende September in einer ZDF-Talkshow gesagt. An der Börse fiel der Aktienkurs des Versorgers deutlich.

Der früher einmal 4100 Hektar große Hambacher Wald mit jahrhundertalten Buchen und Eichen liegt am größten europäischen Braunkohleabbau zwischen Aachen und Köln. Der Streit um den Abbau hat sich zum Symbol für den Widerstand gegen die Braunkohle-Verstromung und für den Klimaschutz insgesamt entwickelt. Braunkohlestrom gilt als billig in der Erzeugung und lukrativ trotz gefallener Börsenstrompreise. Braunkohle zählt aber zugleich zu den schmutzigsten Energieträgern.

RWE hatte bisher stets darauf beharrt, dass die Rodungen in den

nächsten Monaten „zwingend erforderlich“ seien. Sonst würde die Versorgung der Braunkohlekraftwerke ins Stocken geraten, die für die Energieversorgung im Land wichtig seien.

Die Braunkohlegegner wollen sich am heutigen Sonabend trotz Sicherheitsbedenken der Polizei zu einer großen Demonstration am Hambacher Wald treffen. Das Verwaltungsgericht Aachen kippte am Freitag ein zuvor von der Polizei ausgesprochenes Verbot für die Kundgebung, zu der rund 20 000 Teilnehmer erwartet werden. Klimaaktivisten hatten bereits über Jahre mit einer Waldbesetzung gegen die Braunkohle und für den Klimaschutz demonstriert. Zuletzt hatte die Polizei Dutzende Baumhäuser geräumt.



Kleines Tier, große Wirkung: Die Rodungen im Hambacher Wald werden auch wegen des Großen Mausohrs erst einmal unterbrochen. FOTO: H. HOLLEMANN/DPA